

# Sind diese Leute wirklich „Querdenker“?

Polizeieinsatz in Frankfurt: „Zu wenig, zu spät und richtig falsch“, FR-Titel vom 16. November

## Der Wasserwerfereinsatz war unverhältnismäßig

Hinsichtlich der jüngsten Vorfälle in Leipzig ist es für mich nicht fassbar, dass die Frankfurter Polizei Wasserwerfer gegen Teilnehmer\*innen einer Demonstration einsetzt, die sich gegen Verschwörungstheoretiker und für Aufklärung einsetzt, auch wenn die Gegendemo die „Querdenker“ blockieren wollte. Leider mischen sich unter die „Querdenker“ immer wieder nachweislich bekannte rechtsradikale Gruppierungen, die durchaus auch Mitglieder der Identitären Bewegung aufweisen. Genau diese Gruppierungen setzen sich sicher nicht für die Demokratie ein, wenn sie an die Macht kämen, wie die Vergangenheit gezeigt hat.

Dass die Frankfurter Polizei also gegen diejenigen vorgeht, die sich solchen Gruppierungen entgegenstellen, zeigt m.E. einmal mehr, dass die Polizei nicht frei von entsprechenden Sympathisanten zu sein scheint. Anders ist mir dieser Wasserwerfereinsatz gegen die Gegendemo nicht erklärbar – verhältnismäßig war er definitiv nicht. Rechte Strukturen in der Polizei waren in der jüngsten Vergangenheit immer wieder Thema in den Medien. Auch wenn Minister Seehofer das nicht will – es braucht endlich eine Untersuchungskommission, entsprechende Vorfälle häufen sich ja durchaus im Moment. Es bleibt dabei: Wehrtet den Anfängen. Nie wieder Faschismus – auch keine Tendenzen dahin in diesem Land. Deshalb muss es immer wieder Widerstand dagegen geben, Damit die Demokratie gewahrt wird.

Natürlich bin auch ich dafür, dass das Demonstrationsrecht bestehen bleibt, aber eben nicht für Gruppierungen mit rechtsradikalen/faschistischen Tendenzen! Als Lektüre möchte ich hier das Buch von Wilhelm Heitmeyer „Rechte Bedrohungsallianzen“ (Suhrkamp-Verlag) empfehlen. Allerdings muss auch die Bundesregierung die Verhältnismäßigkeit der Mittel wahren und dies scheint für viele Bürger\*innen zur Zeit offensichtlich nicht der Fall zu sein, da die „Corona-An-

ordnungen“ zum Teil nicht nachvollziehbar bzw. widersprüchlich erscheinen. Es gibt hierzu ja zahlreiche Diskussionsbeiträge in den Medien. Elke Schneider, Frankfurt

## Fragwürdige Figuren setzen schlechtes Zeichen

Thomas Stillbauer hat absolut recht: Es kann nicht sein, dass engagierte Menschen in der Stadt, die sich gegen hysterisch verblendete Querdenker öffentlich zur Wehr setzen, wie Aufwührer und Staatsfeinde behandelt werden. Wasserwerfer gegen jene, die sich Ignoranz und ego-manem Starrsinn entgegensetzen, sind ganz und gar nicht gerechtfertigt. Die Polizei scheint schlecht beraten, wenn sie in geplanter Aktion auftritt und Angst und Schrecken verbreitet. Ich jedenfalls möchte nicht mit Hochdruck von der Szene weggespült, mit derber Gewalt an den Rand gedrängt und wie ein lästiger Widersacher vertrieben werden.

Ich frage mich, was ist hier eigentlich noch systemrelevant und gesellschaftlich wertvoll? Wohl nicht diejenigen, die mit gesundem Menschenverstand unterwegs sind, die offensichtlich bestraft und vor aller Augen wie lästige Störenfriede bekämpft werden. Aber wer stört hier eigentlich? Der wütende Aufkreischer mit Anspruchshaltung oder der Mäßiger, der sich nicht von Verschwörungsgeschwafel und Fake-Geraune umnachten lässt?

Der letzte Eindruck: Hier wurde von fragwürdigen Figuren in schwieriger Zeit ein ganz schlechtes Zeichen gesetzt, das ganz sicher nicht dazu beitragen wird, der Krise mit klarem Verstand und Weitblick zu begegnen. Was die „Querdenkenden“ am 14. November veranstaltet haben, war alles andere als hilfreich und nur kontraproduktiv. Auf ein Einsehen für die Zukunft ist dennoch zu hoffen. Vielleicht auch bei der Polizei.

Alexander Metternich, Offenbach

## Willkürliche Polizeimaßnahmen

So so, Herr Beuth. Die „Ausschreitungen“ am Wochenende in Frankfurt („Ruf nach Härte;

FR v. 3.11.) waren also nicht gut. Da gebe ich Ihnen sogar recht. Aber jetzt wieder diese Forderung aus der Kiste zu holen, dass jeder „Angriff“ auf Polizeibeamte automatisch mindestens sechs Monate Knast bedeutet, ist ein Angriff auf die Demokratie. Zumindest so lange, wie Polizeibeamte sich bei jedem Fall von Polizeigewalt gegenseitig decken und Gegenanzeige stellen, um das Opfer zu diskreditieren.

So lange, wie Polizisten grundlos auf Demonstranten einprügeln und ein zur Abwehr gehobener Arm als „Angriff“ gewertet wird. So lange, wie kein Polizist befürchten muss, von seinen Kollegen verraten zu werden aus falsch verstandenem Korpsgeist. Denn solange werden sich viele nicht mehr trauen, auf Demonstrationen zu gehen, eindeutig willkürlichen Polizeimaßnahmen zu widersprechen oder gar Anzeige gegen übergreifige Beamte zu stellen. Weil man fürchten muss, in den Knast zu gehen und sich sein Leben zu ruinieren.

Stephan Reuß, Frankfurt

## Querdenken wäre eigentlich was Positives

Lasst uns die ehemals positive Bedeutung des „Querdenkens“ doch bitte schützen. Machen wir doch aus den „Querdenkern“ einfach „Schrägdenker“.

Martin Schäfer, Bernkastel-Kues

## Durstig statt randalierend

Warum dürfen zigtausend Menschen, von Gerichten erlaubt und von der Polizei eskortiert, meist ohne Maske und Abstand, teils randalierend (ich glaube, das heißt Demonstration) so durch die Straßen ziehen, während z.B. Gartenlokale – die in der Regel weniger Polizei benötigen – schließen müssen?

Ich beantrage eine Demonstration für die Öffnung meiner Stammkneipe, mit Maske und Abstand, durstig statt randalierend und ohne Polizeipräsenz.

Wolfgang Albrecht, Frankfurt

Diskussion: [frblog.de/coronakritiker](https://www.frblog.de/coronakritiker)



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder [Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](https://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/ff-20201116](https://www.frblog.de/ff-20201116). Übersicht: [frblog.de/aktuell](https://www.frblog.de/aktuell)

## FR ERLEBEN

### Stephan Hebel spricht und diskutiert auf Einladung der Universität Jena zum Thema „Angela Merkel, die Illusion der Mitte und der Aufstieg der AfD“. Zugang unter <https://uni-jena-de.zoom.us/j/92135592817>, Meeting-ID: 92135592817, Kenncode: 802?216. Donnerstag, 19. November, 18 Uhr

### Andreas Schwarzkopf moderiert „Freund, Partner oder Gegner: Russland und der Westen“ mit Marieluise Beck (Zentrum Liberale Moderne), Manfred Sapper (Zeitschrift „Osteuropa“) und Hans-Joachim Spanger von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Die Podiumsdebatte kann verfolgt werden unter: [youtube.com/hausamdom](https://www.youtube.com/hausamdom). Montag, 23. November, 19 Uhr

### Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neu erschienenen Roman „McWeir – Virenkrieg V“. Anmeldung nötig. Info: [ybersinn.de/2020/09/24/lesung](https://www.ybersinn.de/2020/09/24/lesung) Donnerstag, 17. Dezember, 19 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstraße 32, Frankfurt

# Geflüchtete? Fliessende?

Zu: „Zwei Flüchtlingsboote vor Libyen gesunken“, FR-Politik vom 13.11

Die FR hat sich sprachliche Korrektheit auf die Fahnen geschrieben. Dann dürfte bei dem furchtbaren Vorgang im Mittelmeer nicht von Geflüchteten gesprochen werden. Diese grammatikalische Form beschreibt einen abgeschlossenen Vorgang. Hier hat es sich um Fliehende gehandelt, die sich trotz Todesgefahr weiter auf die Flucht begeben hatten und nun Opfer einer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik geworden sind. Nachfolgende Generationen werden mit demselben klaren Blick auf uns schauen wie wir auf unsre Großelterngeneration. Tina Kühne, Dexam

# Etikett wird angehängt

Diverse: „Freies Leben für unsere Tochter“, FR-Panorama v. 30. Oktober

Ein großer Teil der Qualen, die Paula – und alle LGBTs – zu ertragen haben, beruht darauf, dass jedem Menschen von Geburt an ein Merkmal „Geschlecht“ zugeordnet werden muss. Die Einführung eines „dritten Geschlechts“ ändert daran wenig. Die Bezeichnung „divers“ ist diskriminierend.

Ich sehe keinerlei berechtigtes Interesse des Staates, Menschen ein solches Etikett anzuhängen. Unterließe man dies, entfielen die unsinnige Vorschrift, dass aus dem Vornamen das Geschlecht erkennbar sein muss. (Nicht nur durch „Kai“ und „Kim“ hat sich dies inzwischen als unpraktikabel erwiesen.) Auch Wortungen wie „Homosexuellenehe“ wären überflüssig, denn es wäre ohne Weiteres klar, dass zwei Menschen, die sich lieben, auch heiraten können.

Dem Verfassungsgericht, das ja kürzlich schon festgestellt hat, dass ein selbstbestimmter Tod zur Würde des Menschen gehört, traue ich zu zu erkennen, dass die amtliche Festlegung auf „m“ oder „f“ (oder auch „d“) dieser auch widerspricht. Ehe es dazu kommt, wird noch viel Debatte nötig sein. Derer bedarf es sowieso, denn die Schranken in den Köpfen wären mit einer Änderung der standesamtlichen Vorschriften natürlich nicht beiseitigt. Peter Steinberg, Frankfurt

# Toller Hinweis

Zu: „Primetime fürs Klima“, FR-Wirtschaft vom 31. Oktober

Die Idee von Friederike Mayer finde ich genial: Statt im ARD vor den Abendnachrichten „Die Börse im Ersten“ zu bringen, lieber den Klimawandel aufnehmen, eventuell auch im Wechsel „Klima vor acht“. Toll, dass die FR den Hinweis gab! Ute Wittich, Frankfurt

# Frauen werden nach wie vor diskriminiert

Thema Paritätsgesetz: Erwidern auf „Steilvorlage für die antidemokratische Rechte“, FR-Forum vom 30. Oktober

Richtig, Herr Siegel, in einer Demokratie sollte eine Minderheit nicht der Mehrheit Ihren Willen aufzwingen können. Wenn Sie die Politik der Bundesregierung verfolgen, werden Sie feststellen, dass dies regelmäßig der Fall ist! Sei es Export von Kriegsmaterial, Umweltpolitik. Aber den weiblichen Anteil an der Bevölkerung in der Bundesrepublik als Minderheit darzustellen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Meines Wissens macht diese mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus.

Was mir in allen vier Leserbriefen meiner Geschlechtsgegnossen zur Thematik Paritätsgesetz fehlt, sind Vorschläge, wie sich die Verhältnisse ändern sollen. Die Frauen werden in den meisten gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor diskriminiert. Es mögen oft „Kleinigkeiten“ sein, wenn z.B. der weibliche Anteil an der politischen Arbeit in den Ortsvereinen gering ist. Wer bringt in den wohl meisten Fällen die Kinder ins Bett, wer schmeißt den Haushalt, wer pflegt die Angehörigen?

In allen vier Stellungnahmen wird die Gleichberechtigung der Frauen als nachrangig betrachtet. Dabei heißt es in Artikel III des Grundgesetzes u.a.: „Alle Men-

schens sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Es war allerhöchste Zeit, dass in Thüringen sowie in Brandenburg Paritätsgesetze beschlossen wurden. Ich kann Frau Mika nur zustimmen, wenn Sie darauf hofft, dass das Bundesverfassungsgericht „diesem Treiben ein Ende setzt“. Der Gesetzgeber muss endlich Regelungen schaffen, welche sicherstellen, dass Frauen gleichberechtigt in der Gesellschaft mitwirken können.

Karl-Heinz Waltinger, Ginsheim-Gustavsburg

Diskussion: [frblog.de/ff-20201026](https://www.frblog.de/ff-20201026)